

Hochverratsprozess gegen den „Kämpfer“

Der politische Hauptschriftleiter des Chemnitzer „Kämpfer“, der 30jährige Kurt Schneider, hat sich nach der Anklage durch Veröffentlichung verschiedener Artikel und Aufrufe, die nicht von ihm stammten, in der Zeit von Mitte Januar bis Ende Februar 1930 „der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht“ und mußte sich darum vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts verantworten.

Breits im September 1930 war diese Verhandlung schon einmal angefaßt worden. Damals konnte der Prozess nicht zu Ende geführt werden, weil der Verteidiger des Angeklagten während der Verhandlung behauptete, das Chemnitzer Polizeipräsidium wolle sich durch die Hochverrats-Anzeige nur um eine gerichtliche Behandlung der Hartmannsdorfer Vorgänge in Chemnitz selbst drücken. Es hätte also gegen den „Kämpfer“ und das „Echo“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt werden müssen. Damals stellte der Verteidiger auch noch eine Menge Beweisanträge, um darzulegen, daß die Redaktion der kommunistischen Organe die Chemnitzer Polizei nur „in Wahrung berechtigter Interessen“ beleidigt habe. Diese Anträge wurden vom vierten Strafsenat alle abgelehnt. Die Verurteilung hatte für den Angeklagten lediglich den „Erfolg“, daß nun in die Hochverratsanklage auch die in den Artikeln enthaltenen Beleidigungen einbezogen wurden.

Die Verhandlung vor dem Reichsgericht ergab folgenden Sachverhalt: In einem Artikel des „Kämpfers“ sowie des „Echos“, eines Ablegers für das Vogtland, vom 15. Januar 1930, war der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg gedacht worden, und im Anschluß daran hatte man die Arbeitererschaft aufgefordert, die Tat den Mördern und ihren Helfershelfern „heimzuzahlen“. In einem Aufsatz vom 18. Januar hagelte es die schwersten Beschimpfungen und Verdächtigungen des Genossen Böchel, Chemnitz, anläßlich der Hartmannsdorfer Vorgänge. Der Artikel endete mit der Mahnung an das Proletariat, „aus den Betrieben Hochburgen der Revolution zu machen“ und den Kampf um die Diktatur „hochleben“ zu lassen. Am 21. Januar 1930 erschien eine Betrachtung zum sechsten Todestage Lenins, in der es als die Spezialaufgabe der KPD bezeichnet wurde, „die sozialistische Revolution im eigenen Lande zu organisieren“. Weiter war in verschiedenen Artikeln der letzten Januarwoche gelegentlich der Tagung der Gewerkschaftsopposition Sachsens von „Justiz und Polizeiterror“ gesprochen worden; außerdem fanden sich in jedem zweiten Aufsatz — es waren ihrer sechzehn — Hinweise auf Hartmannsdorf mit Flüchen auf die „Sozialfaschisten“ und die Bourgeoisie durchsetzt.

Schneider, ehemals Modellstichter, erwarb sich seine journalistischen Fähigkeiten in einem dreimonatigen Volontariat beim „Kämpfer“. Weil einige seiner Kollegen wegen „Hochverrats“ brummen mußten, wurde er „politischer Hauptschriftleiter“. Während der Verhandlung ergab es sich, daß der größte Teil der Artikel aus dem „kommunistischen Pressebüro“ in Berlin stammten. Selbst die Aufsätze über die Hartmannsdorfer Vorgänge und die Beschimpfung des Genossen Böchel wurden in Berlin produziert. Wahrscheinlich gibt es in den Redaktionsstuben der kommunistischen „Provinzblätter“ nicht solche „fähige“ Köpfe, die etwas über eine lokale Angelegenheit berichten können. Deswegen bezogen sie ihre Artikel über die innerjüdischen Vorgänge von Berlin.

Das Ende vom Lied war, daß Schneider wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Lateinheit mit Beleidigung der Chemnitzer Polizeibeamten — die er in den Artikeln einige duzendmal Arbeitermörder beschimpft hatte — zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft verurteilt wurde.

Der Reichsanwalt hatte für Schneider zwei Jahre Festungshaft beantragt. Merkwürdigerweise blieb der Senat aber unter dem reichsgerichtlichen Tarif.

Neuer Konflikt in Bayern Um die Wahlrechtsänderung

SPD München, 12. Dezember.

Die Beratung des neuen Wahlgesetzes im Verfassungsausschuß des Landtages stieß überraschenderweise auf große Schwierigkeiten, weil die Regierung in ihrer Vorlage die Frage der Landesabgeordneten anders geregelt hatte, als es den Vereinbarungen in der interfraktionellen Sitzung entsprach. Sie wurde dabei von der Bayerischen Volkspartei und den deutschnationalen unterstützt, geriet aber bei der Abstimmung in die Minorität. Da es sich um ein Verfassungsgesetz handelt, ist für das Zustandekommen im Plenum des Landtages eine Zweidrittelmehrheit notwendig, die durch den jetzigen Vorschlag gefährdet erscheint. Die Ursache des Konflikts liegt ausschließlich in der Starrköpfigkeit der größten Regierungspartei, die verlangt, daß in allen wesentlichen Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes ihrem Willen Rechnung getragen wird. Auf diese Weise hat sie bisher erreicht, daß das viel angefeindete Flächenprinzip, das die ländliche Bevölkerung gegenüber der städtischen im Stimmrecht bevorzugt, auch weiterhin, wenn auch in gemilderter Form, aufrechterhalten bleibt. Ferner hat sie entgegen den Abmachungen im letzten Augenblick einen Antrag auf Hinaussetzung des Wahlalters vom zwanzigsten auf das einundzwanzigste Lebensjahr eingebracht, der mit einfacher Mehrheit auch angenommen wurde. Die Nachgiebigkeit der Oppositionsparteien hat jetzt offenbar ihr Ende erreicht. Wenn es nicht gelingt, in einer zu diesem Zweck für nächsten Mittwoch angesetzten dritten Lesung des Gesetzesentwurfes zu einer Einigung zu kommen, dann wird der Abschluß der bayerischen Wahlreform wiederum auf unbestimmte Zeit vertagt werden müssen.

Saalschlacht in Mecklenburg

WB. Teterow (Mecklenburg), 12. Dezember.

Am Donnerstagabend versuchten etwa 200 Kommunisten aus Teterow und Umgegend, in eine nationalsozialistische Versammlung einzudringen, ohne das Eintrittsgeld zu bezahlen. Es entwickelte sich eine schwere Schlägerei, bei der die Einrichtung des Saals zum Teil zerstört wurde. Es fielen auch einige Schüsse. Vier Personen wurden schwer verletzt und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Zahlreiche Leichtverletzte wurden von Sanitätern verbunden. Erst gegen 2 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

WB. Stendal, 12. Dezember.

In einer nationalsozialistischen Versammlung kam es gestern Abend zu einer schweren Schlägerei, als die anwesenden Sozialdemokraten vor dem Schlusswort des nationalsozialistischen Redners, des Reichstagsabgeordneten Koeper-Oldenburg, den Saal verlassen wollten. Die Gegner schlugen mit Tischen und Stühlen aufeinander ein. Mehrere Personen wurden verletzt.

Der Krieg um den Kriegsfilm

Das Verbot des Remarque-Films

Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion

SPD Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu dem Verbot des Remarque-Films folgende Interpellation eingebracht:

„Das Verbot des Films 'Im Westen nichts Neues' wegen Gefährdung des deutschen Ansehens hat in weiten Kreisen der Republikaner und Friedensfreunde Empörung ausgelöst. Der Film, der von vielen als Propaganda für den Frieden und die Völkerverbrüderung gegenüber den nationalsozialistischen Kriegshelden erachtet worden ist, kann weder im Inlande noch im Auslande als eine Herabsetzung des deutschen Heeres im Weltkrieg empfunden werden. Die Gutachten des Reichswehrministeriums, des Reichsministeriums des Auswärtigen, des Reichsministeriums des Innern entsprechen nicht dem Empfinden weiter Kreise der deutschen Bevölkerung. Sie stellen vielmehr ein weitgehendes Zugeständnis an die nationalsozialistische Hege dar.

Wir fragen an:

1. Ist die Reichsregierung imstande und bereit, Material vorzulegen, auf Grund dessen die Oberprüfstelle den Film als das deutsche Ansehen schädigend bezeichnet hat?
2. Was bedeutet die Reichsregierung gegen die schwere politische und wirtschaftliche Schädigung Deutschlands im Auslande zu tun, die dieses Verbot hervorruft?
3. Ist die Reichsregierung bereit, auf die zuständigen Ressorts dahin einzuwirken, daß bei einer erneuten Überprüfung des Films auf Antrag der Hersteller Gutachten abgegeben werden, die dem Friedens- und Verständigungswillen des deutschen Volkes gerecht werden?

Ein Volk, das die Wahrheit nicht verträgt

Otto Braun über den Remarque-Film

SPD Berlin, 13. Dezember.

Der preussische Ministerpräsident äußerte sich am Freitag gegenüber einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ über den Film „Im Westen nichts Neues“. Ministerpräsident Braun, der den Film kurz vorher gesehen hatte, erklärte u. a.:

„Ich bin jetzt noch, 24 Stunden später, auf das tiefste erschüttert und sehe noch völlig unter dem starken Eindruck dieses Filmes. Hier wird gewiß nicht die Gesamtheit der Greuel und Schrecken des Krieges gezeigt. Denn das darzustellen ist in all seinen Auswirkungen und Begleiterscheinungen, würde auch dem größten Filmemacher nicht gelingen. Aber wir sehen doch einen Teilausschnitt, der in seiner Wahrheit und ungeschminkten Darstellung jeden Zuschauer packt.“

„Haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Empfindung gehabt, daß irgendwas in dem Film das Ansehen Deutschlands schädigen könnte oder gar antideutsch wirken muß?“

Der Ministerpräsident antwortete darauf:

„Nach meiner letzten Ueberzeugung und nach meiner völlig unbeeinträchtigten Empfindung habe ich nichts gesehen, was man als

Deutscher, der sein Vaterland liebt und sein Ansehen in der Welt verteidigen und mehrern möchte, ablehnen muß. Dieser Film richtet sich nirgends gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk oder gar die deutsche Armee, die vielmehr in ihren fast übermenschlichen Leistungen und ihrer hingebenden aufopfernden Tapferkeit gezeigt wird. Wie die Aufführung dieses Films dem Ansehen Deutschlands schaden soll, ist mir unerfindlich. Das Ansehen Deutschlands in der Welt scheint mir beeinträchtigt dadurch, daß dieser Film, der eine einzige große schwere und berechtigte Anklage gegen den Wahnsinn des modernen Krieges darstellt und leblich geeignet ist, einer kriegsgeheerischen Agitation Abbruch zu tun, in Deutschland nicht mehr gezeigt werden darf.

Ein Volk, das die Wahrheit nicht mehr verträgt, gibt sich selbst auf.“

Rundgebungen gegen das Filmverbot

Berlin, 12. Dezember.

Wie der „Vorwärts“ meldet, werden am Montag Protestveranstaltungen des Reichsbanners gegen das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ stattfinden. In der Versammlung sollen führende Republikaner zu der Entscheidung der Oberprüfstelle sprechen. — Auch die Deutsche Liga für Menschenrechte hat in einer Vorstandssitzung beschlossen, demnächst öffentliche Rundgebungen gegen das Filmverbot zu veranstalten.

Ein Stahlhelmfilm verboten

SPD Berlin, 13. Dezember.

Die Filmprüfstelle, die am Freitag ein Film über den Aufmarsch des Stahlhelms in Koblenz vorgeführt wurde, hat die Aufführung dieses Films untersagt. Der Spruch entgegengesetzten Gutachten der Sachverständigen vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern, weil er in hervorragendem Maße die Beziehungen Deutschlands zum Ausland gefährde und weil er ferner eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstelle.

Ein anderer Spruch, den die Oberprüfstelle an diesem Freitag gefällt hat, muß stark bedauern. Es handelt sich um das Verbot eines Werbefilms für Elektrizitätsverbrauch, das deshalb ausgesprochen wurde, weil in diesem Film Petrus im Himmel dargestellt wird, wie er sich in Hauskufen mit einem Installateur unterhält und weil von einem Vertreter der katholischen Kirche ein Spruch dagegen erhoben wurde, daß auf diese Weise ein Heiliger glorifiziert werde. Der Regisseur des verbotenen Filmes ist selbst Katholik und weder er noch die Mehrzahl der Kinobesucher werden an einer solchen harmlos heileren Vermenschlichung des himmlischen Schlüsselbewahrsers Anstoß genommen haben. Die Oberprüfstelle freilich hat ihre eigenen Maßstäbe.

Anträge von Bayern, Württemberg, Baden und Thüringen, die den Widerruf der Zulassung des abgeänderten Films „Panakal“ verlangten, wurden von der Filmoberprüfstelle abgewiesen.

Sparantrag der Deutschen Volkspartei

Dingeldey über die Nationalsozialisten

DNB Berlin, 12. Dezember.

Auf einem von 800 Mitgliedern besuchten staatspolitischen Abend der Deutschen Volkspartei äußerte sich der Parteiführer Dingeldey über die politische Lage nach der Vertagung des Reichstages. Sehr eingehend befaßte sich Dingeldey mit dem Antrag, den die deutsche Volkspartei nach vor der Vertagung des Reichstages eingebracht hat, worin die Reichsregierung ersucht wird, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages einen Ergänzungshaushaltplan für 1931 vorzulegen, durch den weitere 300 Millionen Mark Ausgaben gespart werden können.

Dingeldey sagte hierzu, daß keine Gewähr dafür gegeben sei, daß der vorliegende Etat für 1931 bei den Steuererhöhungen auch weitere Rückschläge und damit einen weiteren Steuerausfall bewerkstelligen könne. Die Regierung könne nur dann Vertrauen im Volke erhalten und der Glaube des Volkes, daß die Opfer nicht umsonst gebracht sind, erhalten bleiben, wenn nicht auch beim Haushalt 1931 pünktlich wieder ein Defizit zu verzeichnen sei, das dann durch eine weitere Anhebung der Steuerlast gedeckt werden müßte. Die Deutsche Volkspartei könne auch kein zweites Mal zu Tributverhandlungen gehen, ohne einen geordneten, gegen alle Rückschläge gesicherten Etat zu haben. Von der Akrise dieser Fragen im Sinne der Wünsche der Deutschen Volkspartei werde die Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung abhängig sein.

Zu der Frage der Stellung der Deutschen Volkspartei zu den Nationalsozialisten unterstrich Dingeldey seine Ausführungen in Magdeburg, daß es die Aufgabe einer klugen Staatsführung sei, die wertvollen nationalen Kräfte, die in dieser Partei zweifellos vorhanden seien, für den Aufbau des Staates nutzbar zu machen. Augenblicklich sei die Möglichkeit der Übernahme ernstlicher Verantwortung durch diese Partei sehr steillich zu beurteilen, da sie sich nicht entschlossen von einer staatspolitischen Idee lassen lasse.

Noch keine politischen Weihnachtserien

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

DNB Berlin, 12. Dezember.

Mit der Vertagung des Reichstages haben noch keineswegs die politischen Weihnachtserien begonnen. Vielmehr stehen den Reichsregierung vor dem Fest noch eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben bevor. Das ergibt sich schon daraus, daß die Probleme des Preis- und Lohnabbaues dauernd im Flusse sind. Der Preislenkungsausschuß des Kabinetts tritt am Dienstag erneut zusammen. Am Donnerstag wird außerdem der Auswärtige Ausschuß über die Genfer Abrüstungsverhandlungen beraten. Graf Bernstorff, der morgen in Berlin erwartet wird, wird dem Ausschuß Bericht erstatten.

Mißtrauensantrag gegen Severing

DNB Berlin, 12. Dezember.

Vor dem Wiederzusammentritt des Preussischen Landtages kündigt die deutschnationale Fraktion einen erneuten Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Severing an. Es wird erklärt, eine Pressekorrespondenz habe unwidersprochen die Nachricht verbreitet, daß im preussischen Ministerium des Innern nach einer Vorführung der amerikanischen Urfassung des jetzt für Deutschland verbotenen Films „Im Westen nichts Neues“ die Auffassung gewonnen worden sei, daß auch die amerikanische Fassung, die noch aufreißender wirke als der für Deutschland zugeschnittene Film, keine Hege darstelle. Der Innenminister habe sich damit in Widerspruch zu dem Urteil der Filmoberprüfstelle und auch zu den Auffassungen aller bürgerlichen Parteien gesetzt.

Gefängnisstrafen für Nowdys

Vor dem Bonner Schnellrichter hatten sich sieben Personen zu verantworten, die an Zusammenkünften zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am vergangenen Sonntag beteiligt waren. Sechs Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre verurteilt. Ein Angeklagter, in dessen Brieftasche man Messer gefunden hatte, wurde freigesprochen. Er will die Messer einem Parteigenossen abgenommen haben, um sie zu beseitigen. Zwei Verurteilte wurden sofort abgeführt.

Vom Kölner Schöffengericht wurde der 22jährige Nationalsozialist Witz wegen unbesugten Waffenbesitzes zu einem Jahr Gefängnis, ein zweiter Nationalsozialist wegen versuchter Gefangenenerrettung zu 85 Mark Geldstrafe an Stelle einer verwirklichten Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt. Witz hatte bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gesoffen. Ein Polizeibeamter glaubte, daß der Schuß ihm gesollt habe. Er schlug den Nationalsozialisten nieder, der bewußtlos wurde. Die erste Frage, die der verhaftete Witz, als er wieder zum Bewußtsein kam, stellte, war: „Wieviel von den Händen sind denn veretzt?“

Die „wertvollen Kräfte“ der Nazi-Partei



Abg. Dingeldey (auf dem Wahlkreistag der D.V.P. am 7. Dezember 1930 in Magdeburg):

„Vor allen Dingen wird versäumt, die wertvollen Kräfte in der nationalsozialistischen Bewegung in den Aufbau des Staates mit einzuspinnen.“